

Probleme dürfte es auch in vielen anderen Ballungsgebieten geben; deswegen haben die Vorschriften repräsentativen Wert.

Die Bauern in den Stadtrandgebieten von Beijing werden aufgefordert, mit dem Land sparsam umzugehen. Die Stadtregierung ermutigt sie, zweistöckige Häuser anstatt der traditionellen Lehmziegelhäuser zu bauen, die eine große Grundfläche benötigen. In den vergangenen Jahren gab es in den ländlichen Gebieten um die chinesische Hauptstadt einen Bauboom. In den letzten fünf Jahren wuchs der Wohnraum pro Kopf der ländlichen Bevölkerung in Shanghai um 35% auf 14 qm. Da aber so viele Bauernfamilien Häuser gebaut hätten, sei gegen Ende 1983 die Fläche des kultivierbaren Landes pro Kopf um 53% im Vergleich zu 1952 gefallen, das waren 1,65 Mu (also etwas mehr als ein Zehntel eines Hektars).

Nach den neuen Vorschriften wird jedem ländlichen Haushalt nur noch eine Grundfläche von 0,3 Mu (200 qm) zugestanden. In der ganzen Stadt Beijing wird eine Untersuchung über die Bodenfrage durchgeführt. Ferner werden Landnutzungs-zertifikate vergeben; Familien, die mehr Land als erlaubt nutzen, müssen Strafe zahlen. Den Dorfkomitees wird die Aufgabe übertragen, wirtschaftliche Entwicklungspläne auszuarbeiten. (XNA, 29.11.84, zit. nach SWB, 4.12.84) -lou-

*(50)

Bareinkommen der Bauern steigt an

Aus einer repräsentativen Umfrage, die das Zentrale Statistikamt bei 30.000 Bauernhaushalten in 27 Provinzen (außer Liaoning und Tibet) durchgeführt hat, wurden folgende Angaben bekannt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Bareinkommen in den ersten 9 Monaten des Jahres 1984 betrug 178 Yuan, das waren 9% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Nicht enthalten in diesem Bareinkommen sind Sparguthaben und Ausleihungen, die 44 Yuan pro Kopf betragen.

Die Bareinkommen aus den Verkäufen von Getreide, Gemüse, Geflügel und Eiern betragen 106 Yuan pro Person (plus 16%). Das Einkommen aus dem Bau- und Transportgewerbe stieg um 21% an und betrug 22 Yuan pro Person. Das Einkommen aus den Bereichen des Handels, der Versorgung und dem Dienstleistungsgewerbe betrug 3,8 Yuan pro Person, das war ein Anstieg von 19% gegenüber der Vergleichsperiode. Während die Bareinkommen aus ländlichen Betrieben um 28% zunahmen, sanken die entsprechenden Einkommen aus Kollektivunternehmen um 23%. (XNA, 9.12.84, zit. nach SWB, 19.12.84)

-lou-

*(51)

Trockenreisanbau wird ausgeweitet

Die Versorgung der Menschen mit Reis in Nordchina ist verbessert worden, nicht zuletzt dadurch, daß der Trockenreisanbau nun ausgeweitet wird. Insgesamt beträgt die mit Trockenreis angebaute Fläche in der Volksrepublik ca. 86.700 ha, das war etwa dreimal soviel wie im Jahre 1983. Der gesamte Ernteertrag betrug 390.000 t (zum Vergleich: Gesamtproduktion von Reis im Jahre 1983 186.87 Mio.t). In der Provinz Henan werden 570.000 Mu (15 Mu = 1 ha) und in der Provinz Hebei 250.000 Mu Trockenreis angebaut. Trockenreisanbau gibt es auch in den Provinzen Shandong, Liaoning, Jilin, in der Inneren Mongolei sowie in den Außenbezirken der Städte Beijing und Tianjin. Der durchschnittliche Ertrag des Trockenreisbaus beträgt 315 kg pro Mu.

Die Trockenfeldmethode hat dazu beigetragen, daß die traditionelle Struktur der Getreideproduktion im Gebiet der Flüsse Huang, Huai und Hai sich verändert hat und daß die Einkommen der Bauern gestiegen sind. In vielen Gebieten hat sich gezeigt, daß die Trockenfeldmethode weniger Wasser und Arbeitskräfte erfordert, sich für den mechanischen Anbau eignet und bessere wirtschaftliche Resultate ergibt. Die Bauern können ca. 50 Yuan mehr erzielen, als wenn sie auf der gleichen Landfläche anstatt Reis Mais anbauen. (Xinhua, 10.12.84, zit. nach SWB, 19.12.84) -lou-

*(52)

2000 km Autobahnen bis 1990

Die Volksrepublik plant, in den nächsten fünf bis sechs Jahren 11 Autobahnen zu bauen, um mit der Entwicklung der Volkswirtschaft und des Tourismus Schritt halten zu können. Dies wurde auf einem nationalen Forum über die Entwicklung des Straßentransports in der Provinz Sichuan mitgeteilt. Die Autobahnen sollen im wesentlichen in Shanghai, Nanjing, Shenyang, Dalian, Hangzhou, Ningbo, Qingdao, Lianyungang, Tianjin, Guangzhou, Zhuhai und in der Hauptstadt Beijing gebaut werden. Die Gesamtlänge der 24 m breiten Autostraßen soll um das Jahr 1990 2.000 km erreichen.

Gegenwärtig gibt es in China 900.000 km Straßen aller Art, die Decke der meisten Straßen ist jedoch in einem schlechten Zustand. Einige Straßen sind gewöhnlich überfüllt mit Lastwagen, Traktoren, Pferdewagen und Fahrrädern. Die Reisegeschwindigkeit der Motorfahrzeuge beträgt durchschnitt-

lich nur 30 km pro Stunde. Oft treten Verkehrsstauungen auf.

Abgesehen von den Autobahnen, so wurde auf dem Forum bekannt, werden die Anstrengungen auf den Bau von Straßen konzentriert, die den Transport zu den Häfen und Sonderwirtschaftszonen beschleunigen helfen sollen. Folgende Autobahnen befinden sich im Bau bzw. in der Planung (Durchführbarkeitsstudien): von Nanjing nach Shanghai 290 km, von Shanghai nach Hangzhou 190 km, von Hangzhou nach Ningbo 150 km sowie eine Autobahn von Luoyang nach Lianyungang besonders für den Kohletransport. Die Straße erster Klasse, die Shenyang und Dalian verbindet, wird zu einer Autobahn ausgebaut. Der Bau der Autobahn Beijing-Tianjin-Tangshan wird 1985 beginnen. Durchführbarkeitsstudien für die Autobahn Guangzhou-Shenzhen-Zhuhai sind beendet worden, und die Konstruktionsarbeiten werden 1985 durchgeführt. (XNA, 3.12.84) -lou-

TAIWAN

*

*

*(53)

Stolze Wirtschaftsleistung

Seit sechs Jahren ist in Taiwan für das Jahr 1984 wieder eine zweistellige Wirtschaftszuwachsrate zu erwarten. Das Komitee für Wirtschaftsaufbau des Exekutivyuans (Kabinetts) wies darauf hin, daß fünf von der Zeitung "Asian Wallstreet Journal" eingeladenen Wirtschaftsexperten das Wirtschaftswachstum Taiwans 1984 auf 10% geschätzt haben. Damit steht Taiwan an erster Stelle unter allen wichtigen ost- und südostasiatischen Ländern (Südkorea 7,7%, Singapur 8,7-9,5%, Hongkong 8,1%, Japan 5,3%, Thailand 4,7-5%, Malaysia 6,9%, Indonesien 4,2% und die Philippinen -5%). Für das kommende Jahr sagten die Experten ein Wachstum von 5,7-8,5% für Taiwan voraus (Südkorea 7,4%, Singapur 7-8%, Hongkong 5-7%, Thailand 6-6,3% (ZYRB, 24.12.84).

Nach offiziellen Schätzungen der Taipeier Regierung kann Taiwans Wirtschaft 1984 sogar die noch höhere Zuwachsrate von 10,9% erreichen. In den ersten elf Monaten 1984 sind die Großhandelspreise nur um 0,58% gestiegen, die Verbraucherpreise sogar um 0,18% gefallen. Die Arbeitslosigkeit betrug Ende September 2,45% (LHB u. ZYRB, 26.12.84). So gehört Taiwan zu den wenigen Ländern in der ganzen Welt, die 1984 ein hohes Wachstum, stabile Preise und eine niedrige Arbeitslosenquote haben. Nach den Worten des Präsidenten der Nationalen Universität Taiwan

und Wirtschaftsexperten Sun Zhen hat Taiwan in den vergangenen 32 Jahren ein durchschnittliches Jahreswachstum von 8,6% erzielt - dies soll ein Rekord in der Geschichte der Wirtschaftsentwicklung sein (ZYRB, 28.12.84).

Für 1985 hat das Komitee für Wirtschaftsaufbau eine Zuwachsrate von 8,5% vorausgesagt, davon 1,5% in der Landwirtschaft (1984: 2,4%), 9% in der Industrie (13%) und 8,2% im Dienstleistungsgewerbe (8,9%). Die privaten und öffentlichen Investitionen werden um 15% bzw. 11,2% (real 14% und 10,2%) und die inländische Kapitalgestaltung um 23% steigen (ZYRB, 20.12.84). -ni-

*(54)

Starker US-Dollar macht europäische Waren attraktiver für Taiwan

In Taiwan wird eine Expansion der Importe aus Europa erwartet, da der Höhenflug des US-Dollars, an dem sich die taiwanesischen Währung NT\$ orientiert, die Preise europäischer Produkte auf dem Weltmarkt in den vergangenen Jahren und Monaten immer weiter fallen ließ. Als Beispiel wurde dafür das europäische Flugzeug Airbus vom Typ A-300 genannt, von dem die staatliche Fluggesellschaft CAL (China Airlines) kürzlich für 30 Mio. US\$ eins bestellte. Vor über vier Jahren hatte sie beim Erwerb des gleichen Flugzeugs über 50 Mio. US\$ zahlen müssen, also ein Preisrückgang jetzt von 40%. Ein führender Elektrokonzern, Tatung Co., der eine Tochterfirma in Großbritannien hat, führte zur Herstellung von Farbfernsehern Bauteile aus England ein und schaffte eine Kostensenkung von 20% im Vergleich zur entsprechenden Eigenherstellung (LHB, 11.12.84).

Daß die europäischen Staaten und Unternehmer dem taiwanesischen Markt allmählich mehr Aufmerksamkeit schenken, liefert auch die Voraussetzung für die positive Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten. Vor vier Jahren, so der stellvertretende Generalsekretär der taiwanesischen Kommission zur Förderung des Handels mit Europa, Chou Jiabiao, hatten nur fünf europäische Staaten eine halbamtliche Handelsvertretung in Taiwan, und keine europäische Bank war dort mit einer Niederlassung repräsentiert. Heute gibt es auf der Insel schon 11 halbamtliche Handelsvertretungen und 11 Bankfilialen aus Europa.

In den ersten zehn Monaten 1984 belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf 4,5 Mrd. US\$, davon entfielen 2,5 Mrd. US\$ auf Taiwans Exporte nach und 2 Mrd. auf Taiwans Importe aus Europa. Im Vergleich zu dem Ergebnis vom

gleichen Zeitraum des Vorjahres wurde hier zwar ein Wachstum von 12% verzeichnet, doch es lag weiterhin hinter der Steigerungsrate des Handelsaustausches zwischen Taiwan und den USA in demselben Zeitraum mit 30% (LHB, 8.12.84). Größte Barriere für eine Zunahme europäischer Exporte nach Taiwan ist nach wie vor die Konkurrenz der japanischen Waren, die neben allen traditionellen Vorteilen (z.B. geographische Lage und Kostenpreise) auch von der Teuerung des US-Dollars profitieren können. Dazu haben die Amerikaner angesichts ihres großen Handelsdefizits gegenüber Taiwan die Regierung in Taipei unter Druck gesetzt, zum Ausgleich der Bilanz mehr amerikanische Güter zu importieren. -ni-

*(55)

Lagerung von Atommüll in hoher See geplant

Vor dem Bildungsausschuß des Gesetzgebungsyuans (Parlament) hat der Vorsitzende der Kommission für Kernenergie unter dem Exekutivyan (Regierung), Yan Zhenxing, am 29. Dezember erklärt, daß in Zukunft Atommüll auch ins Meer gelagert werden sollte. Die Kommission habe kürzlich auf hoher See nahe der Insel Lanyu (Orchidee-Insel) vor der osttaiwanesischen Küste eine Stelle in 5.000-m-Tiefe als geeigneten Ort für die Lagerung von Atommüll ausgewählt (LHB, 30.12.84).

Auf Taiwan gibt es zur Zeit drei Kernkraftwerke, und ein viertes befindet sich im Bau. Die Atomenergie hat bereits einen Anteil von 37% an der Gesamtenergieproduktion der Insel. Von diesem Verhältnis her gesehen steht Taiwan an 4. Stelle in der Welt. Gemessen an der Produktionskapazität der Kernkraftwerke aller Länder steht Taiwan auch an 9. Stelle (Central News Agency, 21.12.84).

Bislang wurde der Atommüll von Taiwan auf der Lanyu-Insel gelagert. Die Kapazität reicht dort für 19.620 Faß Atommüll mit niedriger Radioaktivität für 15 Jahre. Eine Verlängerung der Lagerungsfrist auf 20 Jahre wird von der genannten Energie-Kommission z.Zt. noch geprüft. Der Brennstoffarme Atommüll ist nach den Worten des Vorsitzenden der Kommission vorläufig noch in den Kraftwerken geblieben; die Kommission beschäftigt sich noch mit dem Problem ihrer kurz-, mittel- und langfristigen Behandlung. -ni-

*(56)

Wieder Menschenopfer und Sachschäden infolge einer Serie von Katastrophen zu beklagen

In den letzten zwei Monaten des Jahres 1984 (nach dem traditionellen chinesischen Mondkalender das "Jahr der Ratte") ereigneten sich in Taiwan wieder eine Serie von Katastrophen, die viele Menschenleben und große Sachschäden gekostet haben. Zwischen dem 4. und 12. November brachen hintereinander fünf große Feuer in den Ballungsgebieten der drei Großstädte Gaoxiang (Kaohsiung), Taizhong (Taichung) und Taipei (Taipei) aus. Dabei kamen elf Menschen ums Leben und vier wurden verletzt (ZYRB, 5., 6. u. 13.11.84). Beim Brand einer Kautschukfabrik am 12. Dezember in Taipei wurden Produkte und Rohstoffe im Wert von über 100 Mio. NT\$ (39 NT\$ = 1 US\$) vernichtet (ZYRB, 8.11.84). Am 14. und 15. Dezember brannten eine über 5 ha große Waldfläche sowie 15 cbm hochwertigen Holzes auf dem Ali-Berg nieder. Am gleichen Tag, dem 5. Dezember, verursachte ein Feuer in der Stadt Jiayi einen Sachschaden in Höhe von 1,5 Mio. NT\$ (ZYRB, 26.12.84). Den Tod von drei Menschen und Sachschaden von über 2 Mio. NT\$ forderte ein Feuer am 28. Dezember in der Stadt Banqiao (ZYRB, 29.12.84).

Eine große Tragödie war das Bergbauunglück vom 5. Dezember in Nordtaiwan, bei dem 93 Bergleute starben. Besonders erschütternd ist, daß es innerhalb eines halben Jahres die dritte große Katastrophe im Bergbau ist. Bei dem Unglück in einer Kohlenzeche in Haishan im Kreis Taipei am 20. Juni fanden 74 Menschen den Tod und am 10. Juli sogar 103 bei einem Unglück der Grube von Meishan, ebenfalls im Kreis Taipei. Damals hatte die Regierung allen Bergwerken streng angeordnet, ihre Sicherheitseinrichtungen zu prüfen; gefährliche Zechen sollten geschlossen werden (vgl. C.a., Juli 84, S. 390 f., Ü 41).

Die Zeche, in der sich das neueste Unglück ereignet hat, liegt ebenfalls in Meishan, Kreis Taipei. Sie galt eigentlich als eine der sichersten Kohlengruben auf der Insel. Nach einer ersten Untersuchung wurde dieses Unglück wie die vom Juni und Juli durch eine Gasexplosion verursacht. Aber es ist noch nicht festgestellt, wie die Explosion zustande kam. Da alle drei Unglücksfälle zur Mittagszeit passierten, als wegen des Schichtwechsels die Zahl der Bergarbeiter unter Tag am höchsten war, und da sich die Explosionen weit von den Arbeitsgebieten, und zwar an einem Durchgangsknotenpunkt ereignet haben, wollen die Behörden Sabotage nicht ausschließen. Besonders, da

bei dem letzten Unglück das Bergwerk von Haishan Nr. 1 zwei Tage zuvor einen Warnanruf bekommen hatte. Die Explosion geschah genau an dem Tag, für den der unbekannte Anrufer sie angekündigt hatte (LHB, 12.12.84; Central News Agency, Taipei, 12.12.84).

In Taiwan gibt es zur Zeit noch rund 64.986.100 t an Kohlevorkommen. Doch sie liegen meist verstreut, in dünnen Schichten und sehr tief unter der Erdoberfläche. Vor dem letzten Unglück gab es insgesamt noch 138 Zechen auf der Insel, davon sind nur 36 bedeutend. Infolge der niedrigen Rentabilität sind sie trotz der schwierigen und gefährlichen geographischen Bedingungen nicht mit modernen Anlagen ausgerüstet. Viele können die Produktion nicht aufgeben, weil sie sich Abfindungen für die Beschäftigten nicht leisten können. Auch die noch rund 14.000 in dieser Branche beschäftigten Bergarbeiter, die das Durchschnittsalter von 47 Jahren haben, können schwer einen anderen Job finden. Aus strategischer Überlegung hat die Regierung bislang ebenfalls gezögert, alle Zechen oder die problematischen zur Schließung zu zwingen, wenn auch die Jahresproduktion von rund 3 Mio. t Kohle nur 4-5% des Energiebedarfs der Insel decken kann. Denn die Insel ist an anderen Energiequellen noch ärmer, und die Regierung bereitet sich stets auf einen Kriegsfall vor.

Erst nach den drei großen Bergwerkskatastrophen innerhalb eines halben Jahres haben die Behörden beschlossen, alle Bergwerke bis Januar 1985 in drei Etappen zu prüfen. Nach den Prüfungen von 23 Gruben in der ersten Stufe wurden 10 von ihnen ganz und 5 teilweise geschlossen (LHB, 20.12.84). Nach den Worten des Wirtschaftsministers Xu Lide müssen alle Erschließungsarbeiten in über 3.000 m Tiefe oder unrentable Produktion in über 1.000 m Tiefe eingestellt werden. Außerdem hat die Regierung ein Gesetz entworfen, wonach ein Zusatzzoll von 0,5% auf Energieimporte eingeführt werden soll. Die Einnahmen sollen für die Sicherheitsverbesserung der Bergwerke, für Umschulung der Bergarbeiter auf andere Berufe sowie Verbesserung ihres Lebensstandards verwendet werden. Auch eine Öffnung des Marktes für Kohleimporte aus dem Ausland wird in der Regierung diskutiert (ZYRB, 21.12.84). -ni-

*(57)

Säuberungsaktion gegen Untergrundgesellschaft und die Klärung des Mordes an dem Autor der "Biographie von Jiang Jingguo"

Seit dem 13. November ist in Taiwan eine Säuberungsaktion gegen die sogenannten "Schwarzgesellschaften" ausgelöst worden. Rund 800 Mitglieder verschiedener Untergrundorganisationen sind bereits von den Sicherheitsbehörden verhaftet worden, und die Aktion ist noch nicht abgeschlossen. Am Anfang wurde befürchtet, daß die Regierung beabsichtigen könnte, aus diesem Anlaß die politische Opposition mit zu unterdrücken. Obwohl in der von der Regierung oder der Regierungspartei kontrollierten Presse auch eine Aktion gegen die "Grauen", d.h. die Regierungskritiker, gefordert wurde, ist bislang kein Oppositioneller von der Verhaftungswelle betroffen. Aber da zwei der Verhafteten von den US-Behörden zu den Hauptverdächtigen im Fall des Mordes an dem Autor der "Biographie von Jiang Jingguo" (Chiang Chingkuo, Staatspräsident der Republik China in Taiwan), Jiang Nan (alias Liu Yiliang), erklärt wurden, fiel auf die Säuberungsaktion wieder der Schatten einer anderen politischen Spekulation. Wegen der kritischen Darstellung Jiang Jingguos in dem genannten Buch hatte man von Anfang an eine Verwicklung Taiwans in dem Mordfall Jiang Nan angenommen (zum Mord von Jiang Nan s. C.a., Oktober 84, S. 577, Ü34), nun gibt es die Mutmaßung, daß die Regierung in Taiwan mit der Verhaftung der verdächtigten Täter deren Aussagen manipulieren möchte.

Am 29. November haben zwei US-Beamte des FBI und der Polizei der Stadt Daly in Kalifornien auf einer Pressekonferenz erklärt, daß vier Chinesen als Täter im Mordfall Jiang Nan schwer verdächtig seien. Von ihnen sei nur einer, ein Komplize namens Yu Dajun, verhaftet, aber kurz danach wegen ungenügender Beweise von dem Staatsanwalt wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er soll zwei der drei anderen Verdächtigten Chen Qili, Wu Dun und Dong Guishen in die Nähe des Tatorts gefahren und sie nach dem Attentat wieder von dort abgeholt haben. Der Wagen und zwei Fahrräder, mit denen die Täter direkt zum Haus des Opfers gefahren sind, wurden festgestellt. Während Yu in den USA wohnhaft ist, sind Chen, Wu und Dong im letzten August bzw. September von Taiwan in die USA gereist und eine Woche nach dem Mordanschlag, am 21. Oktober, wieder nach Taiwan zurückgefliegen. Alle vier sind Führer der Untergrundorganisation "Zhulianbang" (Bambusunion-Bande).

Als Boß der "Zhulianbang" wurde Chen Qili bei der Säuberungsaktion der Regierung am 13. November als allererste Person in Taipei (Taipei) verhaftet. Am folgenden Tag wurde er vom Hauptquartier der Garnison Taiwan an das "Diaochajü" (Taiwans "FBI") überwiesen. In der taiwanesischen Presse wurde gemeldet, daß Chen bereits seit einigen Monaten von den Sicherheitsbehörden Taiwans beobachtet worden sei und daß auch alle seine Aktivitäten in den USA der Überwachung des Geheimdienstes unterlagen. Es wurde ferner behauptet, daß die US-Sicherheitsbehörden erst durch die Informationen von der taiwanesischen Seite den Fall geklärt hätten (LHB, 30.11.84 u. ZYRB, 7.12.84). Zwar hat die Polizei der Stadt Daly am 3. Dezember auf einer Pressekonferenz bestätigt, am 19. November telephonisch über das US-Außenministerium eine Benachrichtigung der taiwanesischen Seite über die Verwicklung Chen Qilis in den Mordfall bekommen zu haben, doch gleichzeitig bekräftigte sie, daß man schon vorher durch die Unterstützung der Einwohner chinesischer Abstammung in der Stadt Chen sowie den drei anderen Verdächtigten auf die Spur gekommen sei. Eine Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden Taiwans wurde strikt dementiert (Mailidao, Los Angeles, 8.12.84).

Noch vor der Bekanntgabe der US-Behörde über den Verdacht gegen die genannten vier Personen hat Hong Daming in einem Artikel unter dem Titel "Jiang Xiaowu Yu Zhulianbang - Guomindang 'Shaoheixiu' de Zhengzhi Yiyi" (Jiang Xiaowu und die Bambusunion-Bande - die politische Bedeutung von Guomindang "Säuberungsaktion gegen die Untergrundgesellschaft") in dem Wochenblatt der taiwanesischen Opposition in Exil, "Meilidao", in Los Angeles (1.12.84, S.4) die "Bambusunion-Bande" in Verbindung mit dem Mord an Jiang Nan gebracht. Nach dem Artikel soll der Herausgeber der kritischen Zeitschrift "Leisheng Zhoukan" in Taiwan, Lei Yuji, zwei Anrufe von einem Unbekannten namens Chen am 16. November bekommen haben, in denen mit rasselnder Stimme behauptet wurde, daß die "Bambusunion-Bande" Jiang Nan getötet habe. Da viele ihrer Mitglieder von den Sicherheitsbehörden festgenommen seien, so der Anrufer, würde die Bande die Wahrheit aussagen. Der Autor weiß ferner zu berichten, daß Jiang Xiaowu, der Sohn des Staatspräsidenten Jiang Jingguo, sowie seine zwei Brüder einst enge Beziehungen zu der "Bambusunion-Bande" gehabt hätten. Angesichts der Konzentration von FBI auf diese Bande bei der Ermittlung des Mordfalls von Jiang Nan, so der Autor, habe Jiang Xiaowu, der angeblich

die Kontrolle über den Geheimdienst Taiwans in der Hand hat, die Säuberungsaktion ausgelöst, um damit seine Beziehungen zu der Bande zu vertuschen und den Verdacht im Mordfall Jiang Nan vom taiwanesischen Geheimdienst abzulenken.

Laut Meldung der Presseagentur der VR China, Xinhua News Agency, vom 5. Dezember aus Washington hat ein Rechtsanwalt des "Komitees für den Fall Jiang Nan" in den USA, Jerome Garchik, am 4. Dezember auf einer Pressekonferenz offen gesagt, daß mächtige Persönlichkeiten in Taiwan den Mord an dem US-Schriftsteller chinesischer Abstammung Jiang Nan angeordnet und geplant hätten. Er wies darauf hin, daß der Boß der Bambusunion-Bande und verdächtige Führer im Mordfall von Jiang Nan, Chen Qili, mit einer Reihe von Beamten, einschließlich Jiang Xiaowus, Verbindungen habe. Indiz dafür sei, daß das Mordopfer niemals über die Bande geschrieben und keine Beziehungen mit dieser gehabt habe und daß die taiwanesischen Behörden zwei Zeitschriften aufgrund ihrer Reportagen über Jiang Nans Publikationen und dessen Mord verboten habe. "Es gibt keine andere Erklärung als die eines politischen Attentats", behauptet der US-Jurist. Ferner berichtete Xinhua, daß auch ein Polizeibeamter der Stadt Daly und FBI-Agent, Leutnant Tom Reese, der sich an den Ermittlungen des Mordfalls beteiligt hatte, bestätigt habe, aus der chinesischen Bevölkerung der Stadt Informationen über die Beziehungen zwischen Chen Qili und Jiang Xiaowu bekommen zu haben. "Ich habe davon gehört, aber ich bin nicht berechtigt, dazu einen Kommentar zu geben."

Inzwischen soll die US-Regierung Taiwan darum gebeten haben, Chen Qili auszuliefern. Haftbefehle sind von der US-Staatsanwaltschaft auch gegen die zwei anderen verdächtigten Täter, Dong Guishen und Wu Dun, ausgestellt worden. Wu Dun wurde am 26. November im Rahmen der Säuberungsaktion gegen die Untergrundgesellschaft in Taiwan verhaftet. Dong Guishen ist angeblich in die Philippinen geflüchtet. Obwohl die halbamtliche Vertretung Taiwans in den USA und auch der Regierungssprecher in Taipei die Bereitschaft geäußert haben, mit den US-Sicherheitsbehörden bei der Ermittlung des Mordfalls Jiang Nan zusammenzuarbeiten, wurde die Auslieferungsfrage nicht erwähnt. In der taiwanesischen Presse meinten viele Experten, eine Übergabe der verhafteten Verdächtigten Chen und Wu an die Amerikaner sei unwahrscheinlich, weil es zwischen Taiwan und den USA weder diplomatische Beziehungen noch einen Auslieferungs-

vertrag gibt. Sollte die taiwanesische Regierung die Auslieferung der verhafteten Verdächtigten tatsächlich verweigern, werden die US-Sicherheitsbeamten vermutlich zum Verhör von Chen und Wu nach Taiwan reisen. Man setzt auf die Hoffnung, daß die philippinische Regierung eventuell den anderen aus Taiwan geflüchteten Verdächtigten Dong Guishen festnehmen und an die USA ausliefern wird.

In Taiwan gibt es laut polizeilichen Statistiken 756 Untergrundorganisationen, darunter zählen neben der "Bambusunion" noch die "Sihai" (Vier Seen) und "Shanhuan" (Drei Ringe) zu den wichtigsten Banden. Die Säuberungsaktion konzentrierte sich aber bislang hauptsächlich auf die "Bambusunion". Außerdem wurden mehrere pensionierte Sicherheitsbeamte als führende Mitglieder der "Bambusunion" verhaftet. Auch einige amtierende Polizeiführer standen in dem Verdacht, gewisse Verbindungen mit dieser Untergrundorganisation unterhalten zu haben. All dies verstärkt den Eindruck, daß die Säuberungsaktion gegen die Untergrundgesellschaft in Taiwan in einem engen Zusammenhang mit dem Mordfall Jiang Nan steht und daß der Geheimdienst Taiwans in dem Attentat direkt oder indirekt verwickelt ist.

Wenn auch die Säuberungsaktion hinsichtlich der Gesellschaftsordnung einen positiven Sinn hat und daher von der Bevölkerung auch allgemein begrüßt wurde, stellt man sich, neben dem Zweifel über die wirklich politischen Motivationen dahinter, noch die juristische Frage, ob sie überhaupt mit den geltenden Gesetzen konform ist. Denn die Bestimmungen zu Säuberungsaktionen gegen Rowdys befinden sich noch immer in der Phase des Gesetzentwurfes, das dem Kabinett vorliegt und noch nicht verabschiedet worden ist (LHB, 22.11.84). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*
*
* * * * *

*(58)

Ausländische Investitionen in drei Jahren um 63% gestiegen
Laut Statistiken der Hongkonger Industriebehörde waren im September 1984 in der britischen Kolonie 472 Fabriken registriert, die ganz bzw. zum Teil im Besitz ausländischer Unternehmer sind. Von diesen haben 442 Detailangaben ihrer Investitionen und Aktivitäten der Behörde vorgelegt. Danach belief sich die Gesamtinvestition auf 11.448 Mio. HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$), im Vergleich zum Stand der

vorherigen Statistiken vom August 1981 ist somit in den vergangenen drei Jahren eine Zuwachsrate von 63% zu verzeichnen. Die USA, Japan und Großbritannien bleiben nach wie vor die führenden Kapitalherkunftsländer mit einem Anteil von jeweils 53,7%, 21,1% bzw. 6,9% am Gesamtvolumen ausländischer Investitionen. Ihnen folgen die Niederlande (2,8%), die Philippinen (2,6%) und die Schweiz (2,5%).

Obwohl zahlenmäßig die Fabriken mit ausländischen Investitionen nur 1-1,5% der Gesamtsumme aller Industriebetriebe ausmachen, beschäftigen sie doch, nach den Worten des Direktors für die Industriebehörde, John Yaxley, 89.033 Arbeitnehmer oder 10% aller Industriearbeitskräfte und nahmen 1983 mit 68% ihres Gesamtumsatzes von 27.000 Mio. HK\$ einen Anteil von 17,8% an den Exporten einheimischer Produkte ein. Die ausländischen Investitionen konzentrieren sich auf Produkte wie elektronische Erzeugnisse, Textilien, Bekleidung und elektrische Geräte (TKB, 13.12.84; Hong Kong Trader, Jan. 1985).

Ferner waren die ausländischen Investoren nach der offiziellen Untersuchung der Industriebehörde im Zeitraum Juli - September 1984 meistens sehr zuversichtlich über das Investitionsklima in Hongkong. 126 der 472 Firmen möchten ihre Produktionsbreite und 73 ihren Betrieb vergrößern. Nur zwei werden ganz und 12 teilweise aus Hongkong wegziehen; hinter ihren Entscheidungen sollen aber keineswegs politische Überlegungen gestanden haben (DGB, 14.12.84). -ni-

*(59)

Happy End des chinesisch-britischen Vertrages über Hongkong
Am 19. Dezember wurde der chinesisch-britische Vertrag über Hongkong, genauer gesagt "Die Chinesisch-britische Gemeinsame Erklärung über die Hongkong-Frage", durch die Regierungschefs beider Staaten, Zhao Ziyang und Margaret Thatcher, offiziell in Beijing unterzeichnet. Beide Politiker bezeichneten es als ein historisches Ereignis (XNA, 19.12.84). Auf der chinesischen Seite heißt es, es sei die Freude, daß die Rücknahme der Souveränität über Hongkong im Jahre 1997, die sie vor 142 Jahren an Großbritannien verloren hat, festgenagelt sei. Für die britische Seite bedeutet es eine Genugtuung, daß Hongkong nach seiner Rückkehr an China 1997 das kapitalistische System weiterhin aufrechterhalten kann, wenn auch die chinesische Regierung in dem Vertrag dafür nur eine Frist von 50 Jahren einräumt. Beide Seiten nehmen an, daß der unterzeichnete